



駐德國台北代表處

Taipeh Vertretung in der Bundesrepublik Deutschland



Taiwan Newsletter

Politik

Präsidentin erläutert Standpunkte zu Beziehungen in der Taiwanstraße



Präsidentin Tsai Ing-wen erklärte am 27. April in einem Interview mit der Nachrichtenagentur Reuters, Peking sollte bei Fragen zu den Beziehungen über die Taiwanstraße, Taiwans toleranten Ansatz und größtmöglichen guten Willen berücksichtigend, Perspektiven aufzeigen und flexibler sein, um auf diese Weise ein Vorwärtkommen bei den bilateralen Beziehungen zu ermöglichen.

Seit der Amtseinführung im Mai 2016 habe die Regierung sich an ihr Versprechen gehalten, den Status Quo beizubehalten und weder provokante Handlungen vollzogen noch Überraschungen verursacht. Die Regierung habe sich verantwortungsvoll gezeigt, um Frieden und Stabilität in den Beziehungen über die Taiwanstraße und auch in der ganzen Region zu wahren.

Im Interview erklärte Tsai Ing-wen, die Beziehungen zwischen beiden Seiten dürften nicht einseitig sein. Es müsse einen Ablauf des Miteinanders geben. Nur durch Aufbau guten Willens können die Beziehungen voranschreiten, mahnte sie.

Ein Beispiel für den guten Willen und ein wichtiges Zeichen für den Zustand der Beziehungen sei Chinas Haltung zu Taiwans WHA-Beteiligung. Die Präsidentin betonte, dass viele Länder in Briefen an die WHA, Taiwans Teilnahme an der jährlichen Konferenz befürwortet hätten.

Im Hinblick auf Taiwans seit Langem bestehende Freundschaft zu den USA, meinte Frau Tsai, die Regierung hoffe, dieses Verhältnis weiter stärken zu können, indem auf vorhandene Grundlagen und gemeinsame Werte wie Demokratie, Freiheit, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit aufgebaut werde.

In Bezug auf inländische Sachverhalte wies die Präsidentin darauf hin, dass eine der bislang größten Errungenschaften der Regierung darin beruhe, die schwierigsten und kostspieligsten Probleme unverzüglich angepackt zu haben. So sei eine Reihe von Wirtschafts-, Sozial- und Rentenreformen angelaufen, um ökonomische Stagnation abzuwenden und das Reformtempo zu beschleunigen.

Fortgesetzte Beteiligung Taiwans an der WHA gefordert

Am 28. April erklärte Präsidentin Tsai, dass Taiwans Beteiligung an der Weltgesundheitsversammlung (WHA) direkt mit dem Recht der taiwanischen Bürger auf Gesundheit zusammenhänge. Es dürfe aus keinem Grund untergraben werden, da globale medizinische Herausforderungen keine Grenzen kennen.

Der Beistand und die Unterstützung der USA und anderer gleichgesinnter Länder für Taiwans fortgesetzte Einbindung in die WHA belege die weitreichende Anerkennung für die Beiträge [des Landes] zu globaler Gesundheit, betonte sie und fügte hinzu, Taiwan sei ein unverzichtbarer Partner für die internationale Gemeinschaft.

So äußerte sich die Präsidentin bei einer Begegnung mit James Moriarty, Vorsitzender des Amerikanischen Instituts in Taiwan (AIT), im Präsidialamt in Taipeh.

Laut Moriarty erkennen die USA die Führung Taiwans in wichtigen globalen Gesundheitsfragen an und unterstützen nachdrücklich Taiwans Beteiligung in der WHA als Beobachter, damit das Land weitere bedeutungsvolle und substanzielle Beiträge zu internationalen medizinischen Programmen leisten kann.

2009 wurde Taiwan von der WHO eingeladen, als Beobachter an der Weltgesundheitsversammlung in Genf teilzunehmen, nachdem das Land 38 Jahre lang ausgeschlossen war.

Präsidentin Tsai skizzierte am 29. April auf Twitter die Bedeutung der fortlaufenden Beteiligung des Landes an dem Gremium. Dabei hob die Präsidentin Taiwans Engagement hervor, anderen Ländern zu helfen, schwerwiegende medizinische Herausforderungen anzupacken und Gesundheitsprogramme in aller Welt zu fördern.

Angesichts der wichtigen Rolle des Landes bei der globalen Gesundheitsförderung sollte Taiwan aus welchen Gründen auch immer keinesfalls von der diesjährigen WHA ausgeschlossen werden, schrieb Tsai.

Während ihrer Begegnung mit Moriarty meinte sie, Taiwan und die USA würden gemeinsam ihre Zusammenarbeit bei humanitärer Hilfe und einem breiten Spektrum anderer Bereiche wie Terrorismus-Bekämpfung, digitale Wirtschaft, regionale Sicherheit und Handel weiter stärken.

Taiwan bei Medienfreiheit weltweit auf Rang 39 gerückt

Im Bereich Freiheit im Medioumfeld wurde Taiwan im jüngsten Bericht zur Pressefreiheit, der am 28. April von der US-amerikanischen NGO Freedom House veröffentlicht wurde, mit 25 Punkten auf Platz 39 eingestuft und wurde damit im 24. Jahr hintereinander als „frei“ bewertet.

Der Bericht beurteilt die untersuchten Länder auf einer Skala von 0 bis 100 je nach ihrer Bilanz in den drei Unterkategorien politisches, ökonomisches und rechtliches Umfeld. Ein Wert zwischen 0 und 30 Punkten bedeutet ein „freies Medien-Milieu“, 31-60 steht für „teilweise frei“ und 61-100 für „nicht frei“.

Taiwan verbesserte sich auch im Vergleich mit Ländern der Asien-Pazifik-Region und erreichte Rang sechs, vor Japan (Rang 7, 27 Punkte). Weiter unten in der Rangliste lagen unter „teilweise frei“ die Nachbarn Südkorea (Rang 66, 34 Punkte) und Hongkong (Rang 80, 42 Punkte) sowie unter „nicht frei“ Singapur (Rang 148, 67 Punkte) und China (Rang 186, 87 Punkte).

Von den 199 im Bericht erfassten Ländern wurden 31 Prozent als „frei“ bewertet, 36 Prozent als „teilweise frei“ und der Rest als „nicht frei“. Das weltweit beste Ergebnis erzielte Norwegen (8 Punkte), die Niederlande und Schweden teilten sich mit jeweils 11 Punkten den zweiten Rang.

Im diesjährigen Bericht heißt es, die globale Pressefreiheit sei auf das niedrigste Niveau der letzten 13 Jahre gesunken, nur 13 Prozent der Weltbevölkerung erfreuten sich eines uneingeschränkten Medioumfeldes. Dieser Niedergang der globalen Pressefreiheit wurde Faktoren zugeschrieben wie politischer Intervention, restriktiver Gesetzgebung und dem zunehmenden Maß an Überwachung im Journalismus.

Deutschland

Botschafter Prof. Dr. Shieh zu Besuch in München



Am 26. April hielt Botschafter Prof. Dr. Jhy-Wey Shieh auf Einladung der Gesellschaft für Außenpolitik in München vor mehr als hundert interessierten Gästen einen Vortrag zum Thema „Taiwan zwischen Trump und China – eine Insel im Spannungsfeld der Weltpolitik“.

Professor Shieh erklärte, dass die Ein-China-Politik seit 1971, also mehr als vierzig Jahre bestehe, und es daher an der Zeit sei, sie noch einmal zu überprüfen.

Der Botschafter betonte, wie wichtig und sinnvoll die Beteiligung Taiwans an internationalen Organisationen – wie WHO, ICAO, INTERPOL und UNFCCC – sei.

Taiwan spielt in der Welt bereits eine sehr wichtige Rolle und trägt viel zur Weltgemeinschaft bei. Außerdem erwähnte der Botschafter in seinem Referat die Inhaftierung des taiwanischen Staatsbürgers Lee Ming-Che in China und die sich verstärkenden Beziehungen zwischen Taiwan und den USA.

Im Anschluss an die Veranstaltung kam es zu einer angeregten Diskussion unter den Teilnehmern.